

Utopia an der Börse

“Stell Dir vor es ist Krieg, und keiner geht hin!” Mit derartigen Slogans bin ich von einer Generation von Pazifisten während des kalten Krieges sozialisiert worden. Diesem Gedankenmuster folgend wähle ich heute eine Analogie aus meinem eigenen Berufsfeld, die leider nicht minder illusionär ist.

Stellen wir uns also vor, alle deutschen Sparer, die den teutonischen Geldvermögensberg von 5,7 Billionen Euro besitzen, hätten seit Jahresanfang dieses Geld in den im Deutschen Aktienindex versammelten Aktien gehabt. Dann wäre der Geldvermögensberg seit Jahresanfang bis heute um ca. 10%, d.h. 570 Milliarden Euro angestiegen. Nehmen wir nun einmal an, die Aktien wären dann Mitte Mai verkauft worden, dann würde unser kleptokratischer Staat die Hand aufgehoben haben und ca. 26% des Zuwachses - sprich 150 Milliarden Euro - an zusätzlichen Steuern eingestrichen haben. Die Bundesregierung könnte sodann auf einen Schlag die Mehrwertsteuer weitgehend abschaffen.

Eine schöne Illusion, die mit der berühmten Utopie von Thomas Morus das Schicksal teilt, keine Chance auf Verwirklichung in Deutschland zu haben. Zu gering ist leider die ökonomische Bildung im Volk und vor allem bei ihren politischen Führern, um selbst eine bescheidene Aktien-

quote von - sagen wir 25% am Geldvermögen - herbeizuführen. Der Gedanke, dass der Wohlstand der Menschen in der Wirtschaft erarbeitet wird und keineswegs vom Staat, dürfte einem Großteil der Bevölkerung kaum bekannt sein. Noch weniger



macht unsere politische Elite den Eindruck, als wüsste sie davon. Jeder kann sich sogar zu äußerst geringen Kosten an der Wirtschaft beteiligen. Dazu vergleicht man einmal die Erwerbs- bzw. Übertragungskosten verschiedener Sachwerte, wie z.B. Immobi-

lien, Schiffen, Flugzeugen, mit börsengehandelten Unternehmensanteilen, bzw. Aktienfonds, und wird verblüfft sein, wie günstig der Erwerb und die Verwahrung von Aktien im Vergleich mit den genannten Anlageformen ist. Außerdem ist es kinderleicht und günstig, weltweit in erfolgreiche Unternehmen zu investieren. Aber selbst die überzeugenden und einfachen Argumente helfen bei der Popularisierung der Aktienanlage offenbar nicht weiter.

Daher möchte ich unserer Regierung einen Vorschlag machen, wie sie einerseits den Wohlstand der Bevölkerung deutlich mehr und andererseits die Steuereinnahmen steigern kann. Wie bekannt ist, sind weite Teile der Sparer mit einer Phobie vor Aktienkursverlusten infiziert. Viele Stimmen sagen, diese Phobie hänge mit den Erfahrungen mit der T-Aktie und dem "Neuen Markt" der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts zusammen. Zwar ist diese Sichtweise viel zu asymmetrisch, man könnte auch "linksschief" sagen, allein man

muss sie doch als "gefühlte Wahrheit" ernst nehmen. Wie wäre es also, wenn die Bundesregierung die Besteuerung von Kapitaleinkünften derartig änderte, dass realisierte Kursverluste mit positiven Einkünften aus anderen Einkunftsarten verrechnet werden dürfen. Dann müsste sich die Angst der Sparer vor Kursverlusten, die bei längerfristigem Anlegen in Aktien ohnehin nahezu ausgeschlossen sind, weil die Wirtschaft im Verlauf der Zeit wertvoller wird, bald verflüchtigen. Dann wäre der Weg frei, um die jahrzehntelange Fehlallokation des deutschen Geldvermögens, die durch die Abschaffung der Zinsen durch die Europäische Zentralbank dramatisch verstärkt wurde, langsam aufzuheben und in ein rationales Fahrwasser zu steuern.

Freilich bedarf es keiner großen Fantasie, um die Einwände der

Berliner Krämerseelen zu antizipieren. "Das würde ja die Planung unserer Steuereinnahmen unsicherer machen" höre ich eine Heerschar von Finanzbeamten bereits keifen. Wahrscheinlich würde der Vorschlag mit dem allfälligen Argument der sogenannten "sozialen Gerechtigkeit" brüsk abgewiesen. Gleichwohl sollten sich unsere Staatsvertreter an dieser Stelle an ihre ureigene Rolle erinnern, die darin besteht, die Wohlfahrt der Bürger im Staat zu mehren.

Aber kommen wir wieder zurück in die Realität, wo die Erhaltung des bequemen Status Quo viel angenehmer ist, als kluge, aber vielleicht zunächst unverstandene, bzw. unpopuläre Vorschläge aufzugreifen. Milton Friedman, der große liberale Ökonom der Universität von Chicago hat diesbezüglich vor vielen Jahren ein bemerkenswertes Buch mit dem

Titel und der These "Die Tyrannei des Status Quo" vorgelegt. Im Lutherjahr 2017 ist es eine Ironie der Geschichte, dass man sich Männer mit großem steuerreformerischen Eifer wie Gerhard Schröder wünscht. Außer ihm ist niemandem in den letzten Jahrzehnten eine große und kluge Steuerreform auf dem Gebiet der Geldanlage gelungen.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns